



Grüne Zeiten

Ortsverband Wasserburg a. Inn / Ausgabe 1/2007



Liebe Wasserburgerinnen und Wasserburger,

nach längerer Pause melden wir uns wieder einmal mit einer Ausgabe unserer Grünen Zeiten.

Doch auch wenn der Eindruck entstanden sein könnte: untätig war unser Ortsverband in letzter Zeit nicht – im Gegenteil.

So freuen wir uns sehr über die bevorstehende Gründung eines Ortsverbandes der Grünen Jugend am 30. April – näheres erfahren sie auf den folgenden Seiten.

Einen festen Bestandteil der bisherigen Ausgaben der Grünen Zeiten, nämlich den Arbeitsnachweis der Ausschussgemeinschaft – also die Auflistung aller gestellten Anträge – mussten wir schlicht aus Platzmangel streichen. Sie finden die Anträge jedoch alle zum Nachlesen auf unserer neu gestalteten Internetseite unter

<http://www.gruene-wasserburg.de>

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr Christian Stadler

Inhalt:

- **Grüne Jugend Wasserburg**
- **Elterngeld als neuer Unsinn**
- **Sehenden Auges in die genveränderte Sackgasse**
- **Die Südspange – ein Nachruf**
- **Kein kostenloses Vorschuljahr**
- **Querbeet**
- **Hinweis / Zustellung**
- **Impressum**



Grüne Jugend Wasserburg formiert sich - Gründung am 30. April



*„Höre nie auf
anzufangen und
fange nie an
aufzuhören!“
Anonym*

(hk/ld) Politisches Engagement – ein schwieriges Thema. Jeder beschwert sich, jeder glaubt, er selbst würde alles anders, besser machen. Aber letztlich sind diejenigen, die am lautesten schreien auch oft die, die sich zuerst in ihr Sofa fallen und den Dingen ihren Lauf lassen. Vor allem uns Jugendlichen wird dieser Umstand immer wieder zum Vorwurf gemacht. Und das völlig zu Recht. Wer eine Stimme hat, sollte sie nutzen. Wer die politische Freiheit hat, seine Meinung zu vertreten und für seine Ideale zu kämpfen, der sollte nicht an der eigenen Lethargie scheitern.

Toleranz, Völkerverständigung, soziale Gerechtigkeit, Gewaltfreiheit, kulturelle Offenheit, Frieden, Gleichberechtigung, freizugängliche Bildung, Umweltschutz, und Solidarität sind die Grundsätze, zu denen sich die Grüne Jugend Wasserburg bekennt und verpflichtet fühlt.

Und egal, ob wir alles erreichen können, was wir uns als Ziel gesetzt haben – wichtig ist letztendlich nur, es zumindest versucht zu haben.

Deshalb findet die offizielle Gründung der Grünen Jugend Wasserburg am 30. April 2007 um 17 Uhr im Wasserburger Narrenkeller (Marienplatz 25) statt.

Die Bundesvorsitzende Claudia Roth wird der Gründung als Ehrengast beiwohnen.

Jeder, der politisch interessiert ist und nicht mehr länger warten will, dass sich die Dinge von selbst verändern, ist herzlich eingeladen!

*Kontakt und mehr Infos unter:
www.gj-wasserburg.de.vu/*

Elterngeld als neuer Unsinn

(mh) Einige Änderungen hat es gegeben, seitdem sich eine große Koalition im Betreiben von sinnvoller Politik versucht.

Eine davon betrifft das Elterngeld - gültig seit 01. Januar 2007 - von dem sich vor allem Frau von der Leyen einiges versprochen. Unter anderem auch eine steigende Geburtenrate im Land, damit sich die zu kippen drohende Alterspyramide endlich wieder seitlich stabilisiere.

Nun kann man sich natürlich darüber freuen, dass endlich in diesem Sinne reagiert wird. Bei Betrachtung der Verteilung dieser vermeintlich großzügigen Unterstützung wird man schnell feststellen, dass das gegebene Ziel hiermit nicht erreicht werden kann: Zu ungleich ist die Verteilung des Elterngeldes bei Sätzen zwischen 1.800,- € und 300,- € (berechnet werden 67% des vorherigen Verdienstes).

Das Familienministerium selbst hat Zahlen vorgelegt, dass pro Jahr ca. 155.000 Haushalte mit Kindern bei einem Nettoeinkommen von unter 30.000,- € zukünftig weniger Elterngeld erhalten als sie mit der Erziehungsgeldregelung bekommen hätten: und das war ohnehin nicht besonders üppig!

Allen Eltern, die aus der neuen Regelung einen finanziellen Vorteil und möglicherweise die Motivation auf noch mehr Nachwuchs haben, sei dies natürlich gegönnt und man kann ihnen Glück wünschen - und sie beglückwünschen, denn sie werden die Möglichkeit haben, trotz eines maroden Bildungssystems ihren Kindern eine angemessene und gesicherte Bildung und damit Zukunftschancen zu ermöglichen.

Für viele andere, d. h. allein erziehende, arbeitslose, gering verdienende oder studierende Mütter wird es wohl größtenteils auf einen Mindestbetrag von 300,-€ hinaus laufen: Ein Jahr lang statt bisher zwei Jahre!

Bei einer immer weiter auseinander gehenden sozialen Schere in der

Gesellschaft ist auch die Erkenntnis, dass in unseren Bundesländern (v. a. in Bayern) die Schulabschlüsse der Kinder mehr von der sozialen Herkunft abhängig sind als im restlichen Europa nicht unbedingt beruhigend und sagt viel über den derzeitigen Zustand aus.

Den Eltern, die offensichtlich weniger Elterngeld bekommen als in der vorherigen Regelung kann nur geraten werden, Einspruch gegen den Bescheid einzulegen. Gegebenenfalls ginge dies bis zu einer kostenlosen Klage beim Sozialgericht und bei einer Vielzahl von Einsprüchen wird das Ganze hoffentlich ein Fall für das Bundesverfassungsgericht.

Insgesamt viel wichtiger erscheint jedoch eine radikale Umstrukturierung des gesamten Erziehungs- und Bildungssystems.

Die Diskussion muss wohl vor Ort begonnen und weitergeführt werden, denn die verantwortlichen Ministerien in München und Berlin sind in erster Linie damit beschäftigt, immer wieder sinnloses Flickwerk zu installieren, das ressortübergreifend nicht zusammenpasst und auch keine Richtung und kein Ziel vorgibt.

Im Sinne unserer Kinder kann nur ein komplettes Umdenken sein. Angefangen bei den Krippen - die ja derzeit in aller Munde sind und bei denen es wegen des einjährigen Elterngeldes wohl eine erhöhte Nachfrage gibt, die beim besten Willen nicht gestillt werden kann - bis zu den weiterführenden Schulen sollte alles überdacht werden dürfen, damit endlich eine in sich stimmige Linie zum Vorteil der nächsten Generationen erkennbar werden kann. Viele werden jetzt sagen: „Das ist ja so weit weg“! Aber im Gegenteil: Die Notwendigkeit, hier etwas zu verändern ist so nah da, wie unsere Kinder selbst!

Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger dazu ein, sich mit ihren Ideen und Erfahrungen zum Austausch an uns zu wenden um dieses urgrüne Vorhaben zu unterstützen. So können sich aus unserem Nachwuchs mündige und verantwortungsvolle Bürger entwickeln, die nötig sind um die bevorstehenden

Probleme - global und auch regional - zu bewältigen.

Worauf wartest du?



Sehenden Auges in die genveränderte Sackgasse?

(mh) Tja, jetzt haben wir den Salat! Fragt sich nur, wo dieser herkommt.

In der letzten Ausgabe der Grünen Zeiten wurde noch darauf hingewiesen, wie freiwillige Zusammenschlüsse der Landwirte es - zumindest mittelfristig - ermöglichen, gentechnikfreie Lebensmittel im großen Stil anzubauen um diese den interessierten VerbraucherInnen anbieten zu können. Groß war ja auch vor der letzten Bundestagswahl schon die Kritik an der zu laschen Umsetzung der europäischen Richtlinie in nationales Recht: ein generelles Anbauverbot für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) wurde von vielen Bürgerinnen und Bürgern gefordert, sprechen sich doch über 70 % der Bevölkerung (sowohl in der BRD als auch innerhalb der EU) gegen diese Art von Lebensmitteln aus - und damit eine deutliche Sprache!

Die Hoffnung in Deutschland lag allerdings im sog. „Verursacherprinzip“ bezüglich der Haftung, d. h. durch die Angst vor finanziellem Risiko verzichteten viele Bauern freiwillig auf den Anbau von GMO und schlossen sich mit „Überzeugungstätern“ zu gentechnikfreien Zonen zusammen. Es schien, als sollte sich dieser Weg bewähren, um die Verbreitung dieser unerwünschten Pflanzen mit den dazugehörigen, umherfliegenden Pollen weitestgehend einzugrenzen.

Doch dann kam der Wählerwille: Ebenfalls ca. 70 % der Wähler sprachen sich - so interpretiert man - für eine große Koalition

aus SPD, CDU und CSU aus: und öffneten damit Tür und Tor für die uneingeschränkte Verbreitung dieser Organismen bis in die letzten Winkel.

Hintergrund ist das neue Eckpunktepapier der großen Koalition - beschlossen am 28. Februar 2007. Damit will man das Verursacherprinzip kappen und stattdessen einen Haftungsfond einrichten, der wieder einmal von den SteuerzahlerInnen getragen werden soll - nachdem sich Pflanzenzucht- und Biotechnologieunternehmen weigern, einen solchen Fond selbst zu tragen und die Versicherungswirtschaft erklärte, dass die Risiken des Anbaus von GVO nicht versicherbar wäre. Will heißen: erst handelt man gegen den Willen einer eindeutigen Mehrheit der Bevölkerung, um diese anschließend für die daraus resultierenden Schäden haftbar zu machen.

Man kann sich vorstellen, wie viele Landwirte aufgrund dieser Entlastung aus den freiwilligen Bündnissen mit der Einstellung aussteigen, finanzieller Profit (und sei er auch nur kurzfristig) wäre ja schließlich nicht unmoralisch geschweige denn umweltschädlich. Hier sei bemerkt, dass von den drei GVO - Maissorten, die im letzten Jahr in der EU zugelassen wurden zumindest das Produkt MON 836 in Tests nachweislich das Blutbild von Ratten verändert hat. Auch wenn dieser Mais nicht von Menschen direkt verzehrt wird, sondern als Futtermittel im Einsatz ist, gefällt dieser Gedanke wohl den Wenigsten. Werbefeldzüge der großen Herstellerkonzerne von GVO - Saatgut wie MONSANTO tun ihr Übriges dazu und werden Derartiges wohl nicht erwähnen. Dazu kommt, dass manche Lebensmittelherzeuger vergessen, wie abhängig sie sich von eben diesen Konzernen machen!

Sind dann aber Lücken in diesen freiwilligen Zusammenschlüssen der Landwirte, ergibt sich eine Kette von fatalen Auswirkungen, die es den VerbraucherInnen binnen kürzester Zeit schier unmöglich machen wird, wirklich noch zu unterscheiden zwischen Genfood

oder nicht veränderten Lebensmitteln - aller Kennzeichnungspflicht zum Trotz.

Spätestens jetzt also sollten wir alle Kräfte bündeln und uns mit den vielen Organisationen, die hier bereits aktiven Widerstand leisten, vereinen. Es bleibt nicht viel Zeit, um vor dieser Sackgasse noch mal ab zu biegen: schaltet schon mal den (Warn-) Blinker an!

Hierzu gibt es allerdings für jeden genügend Möglichkeiten, sich ein zu bringen: Erwähnt sei unter Anderem die Aktion BANTAM-MAIS (www.bantam-mais.de)!

Die Idee hierbei ist folgende: Jede/r BürgerIn kann sich durch den Anbau dieses gentechnikfreien Saatguts zum Saatguthersteller deklarieren lassen und so rechtlichen Schutz dieser süßen Maispflanze vor Verunreinigung einfordern. Im Standortregister (www.standortregister.de) oder im Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), Taubenstrasse 42 / 43, 10117 Berlin kann man prüfen, wo bereits Gentechnik-Maisanbau geplant ist und sich gegebenenfalls seine „saubere Aussaat“ schützen lassen. Bei Problemen könnt Ihr euch an die Organisation „save our seeds“ (www.saveourseeds.org) wenden.

Infomaterial bekommen Sie natürlich auch über den Wasserburger Ortsverband der GRÜNEN.

Ebenfalls weit reichende Informationen kann man sich auch bei www.keine-gentechnik.de einholen, und selbstverständlich wird auch über die Tagespresse informiert: allerdings muss man hier dann schon etwas genauer nachsehen, aber irgendwo zwischen Titelreißer und dem Witz der letzten Seite wird schon etwas Kleingedrucktes zu finden sein.

So viel von unserer Seite. Jetzt ist jede/r selbst gefragt sich an Aktionen zu beteiligen, die dem Gesetzgeber klar signalisieren: Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt den Anbau von GVO strikt ab, eine Aufweichung des bestehenden Gesetzes ist sowohl hinsichtlich des demokratischen Verständ-

nisses als auch der damit verbundenen Gefahren unverantwortlich!!



Die Südspange – ein Nachruf

(cs) Liebe Südspange,

ja, diese vertrauliche Anrede mag Dich vielleicht überraschen, waren wir Dir gegenüber doch stets kritisch eingestellt und machten daraus – im Unterschied zu manch politischem Mitbewerber - auch nie einen Hehl.

Dennoch bist Du uns im Laufe der Jahre, in denen Du dich meist gut versteckt gehalten hast, um dann rechtzeitig zur heißen Wahlkampfphase, wie der Deus Ex Machina aus dem Nichts aufzutauchen, irgendwie auch ans Herz gewachsen. Bei all den großen Erwartungen, die andere (also eben nicht wir) in Dich gesetzt hatten, bist Du doch stets bescheiden geblieben. Deine unaufdringliche Art führte dazu, dass man auch gut informierten Bürgern heute noch hin und wieder erklären muss, wer oder was die Südspange eigentlich ist, bzw. von wo nach wo sie hätte führen sollen.

Aus diesem Grund hätten wir Dir auch von ganzem Herzen einen würdigeren Abgang gewünscht. A scheene Leich sozusagen, mit einem Staatsbegräbnis erster Klasse in Form eines eindeutigen Stadtratsbeschlusses. Doch das war Dir leider ebenso wenig vergönnt, wie Deine Umsetzung.

Letztere scheiterte übrigens letztlich nicht, so gerne wir das auch gehabt hätten, an unserem permanenten Widerstand, der Dir über all die Jahre zum treuen Begleiter wurde. Nein, es war der unterschiedliche Tenor Deiner diversen Befürworter, der

Dich, zu einer grauenhaften Kakophonie vermengt, daran hinderte, zu einem monumentalen Bauwerk heranzuwachsen.

Da war einmal die CSU, welche Dich seit Jahren hätschelte und umsorgte – warst Du doch für den kommenden Kommunalwahlkampf einmal mehr ihre große Hoffnung auf inhaltliches Profil. Auch dass Dir ein Verkehrsgutachten eine eher überschaubare Entlastungswirkung attestierte, ließ die Zuneigung der Schwarzen nicht erkalten. Warum denn auch? Hatten Sie Dich doch schon vor fünf Jahren, damals noch bar jeglichen Zahlenwerkes, für unverzichtbar erklärt. Da ist es doch nur konsequent, wenn sie heute schon das damals noch gar nicht existente Gutachten als veraltet und damit nicht aussagekräftig schmählt und nichts Geringeres fordert, als dass sich die Stadt Wasserburg auf Jahre hinaus verschuldet und Folgekosten in unbekannter Höhe auf sich nimmt, um Dich in die unberührte Landschaft zu betonieren.

Da waren aber auch noch der Wasserburger Block, die Freien Wähler, das Bürgerforum und nicht zuletzt die gewohnt zauderhafte SPD des Bürgermeisters, welche diesen düsteren Prognosen und der gerade konsolidierten Haushaltslage offenbar weitaus mehr Aufmerksamkeit schenkten. Auf ein klares Nein mochten sich auch freilich diese nicht festlegen, so logisch das auch gewesen wäre. Vielmehr tat man sich zusammen, um Dich mit einem vehementen „Ja, aber“ in die Zuständigkeit des Landratsamtes und damit ins Reich der Untoten zu verbannen.

Vielleicht rührt unsere ungewohnt milde Haltung Dir gegenüber auch gerade daher. Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde mehr. Und um ganz ehrlich zu sein: irgendwie werden wir auch das mullmige Gefühl nicht los, dass Du schon in einem der nächsten Wahlkämpfe als Zombie aus dem Schattenreich zurückkehren wirst. Sicher dann nicht mehr ganz tafrisch und schon leicht überliechend. Aber nachdem wir in Wasserburg nun sogar eine Grüne Jugend haben, werden Deine geistigen Väter vermutlich auch nicht davor Halt machen, Dich als Schreckensgespenst für

engagierte Nachwuchsökologen zu missbrauchen.

Irgendwie kannst Du einem schon fast leid tun...

Hinweis: unsere inhaltlichen Argumente gegen die Südspange hätten an dieser Stelle leider den Rahmen gesprengt, weshalb wir es hier bei dieser kleinen Polemik belassen wollen. Eine inhaltliche Begründung lieferte Adil Oyan mit zwei ausführlichen Wortbeiträgen in der entsprechenden SR-Sitzung am 01.03.2007. Sie können diese auf www.gruene-wasserburg.de unter => Stadtrat => Reden im Detail nachlesen.

Kein kostenloses Vorschuljahr

(ah) Sollen die Kinder im letzten Jahr vor der Schule den Kindergarten kostenlos besuchen?

Für die Ausschussgemeinschaft war das eine klare Sache: JA! Schließlich wird diese Frage auf Bundes- und Landesebene immer wieder diskutiert. Nur in Wasserburg möchte man sich dieser Diskussion als große Koalition nicht stellen und warf somit das Totschlagargument par excellence vor: «Reiner Populismus»

Das sagen sie immer, wenn sie nicht mehr weiterwissen, wenn sie merken, dass sie vorgeführt werden, wenn sie keine echten Argumente haben, sondern einfach nur dagegen sind. Die Ausschussgemeinschaft ist der großen Koalition im Wasserburger Rathaus einfach lästig. Kommt mit Ideen, Vorschlägen und dem Fremdwort "Visionen" daher. Treibt sowohl die CSU als auch die SPD vor sich her. Es ist schon nicht einfach, wenn die Parteioberen sich auf Landes- und Bundesebene gegenseitig in der Frage der Subventionierung von Kinderbetreuung überbieten, aber vor Ort man davon nichts wissen will.

Dabei wollten wir doch nur, dass alle Wasserburger Kinder im letzten Jahr vor der Schule keine Kindergarten-Gebühren zahlen müssen. Dies sollte durch einen Zuschuss von der Heiliggeist-Spital-Stiftung oder der Stadt ermöglicht werden. Denn: Möglichst alle Kinder sollten wenigstens im letzten Kindergartenjahr gefördert werden, besonders für Kinder mit

Migrationshintergrund ist die Sprachförderung wichtig. In den städtischen Kindergärten sind dies zum Teil mehr als 50 Prozent.

Nicht zu vergessen ist dabei, dass die Reallöhne in den letzten zehn Jahren nicht mehr gestiegen sind, dafür aber die Kindergartengebühren erhöht wurden. Außerdem sind wir der Meinung, dass sich eine Stadt, die es sich leisten kann, die Haltungskosten für zwei große Parkhäuser aus eigener Tasche - äh, also aus der Tasche der Wasserburger Steuerzahlerinnen und Steuerzahler - zu zahlen, es sich erst recht leisten können sollte, in die Zukunft der Kinder zu investieren.

Aber: Unser aller Bürgermeister erklärte uns: Dass eine Befreiung von Kindergartengebühren "klar" Staatsaufgabe sei. Weswegen dann andere Gemeinden diesen Weg gehen und das umsetzen, was wir beantragt haben wurde nicht beantwortet. Und der Kreisel an der Watzmannstraße, der 400.000,- Euro gekostet hat, wurde auch von der Stadt gebaut, obwohl es Staatsaufgabe gewesen wäre, weil man der Überzeugung ist, dass der Kreisel etwas bringt. Das einzige was klar ist, ist dass hier also nicht die Wahrheit gesagt wurde. Aber das sind wir schon von unseren anderen Anträgen gewohnt, dass man fadenscheinige Argumente aufführt. Wie zum Beispiel, dass man kein Lärmgutachten und keine Lärmschutzmaßnahmen an der Rosenheimer Straße wolle, weil das ungerecht gegenüber allen anderen sei, die auch unter Verkehrslärm leiden, wie zum Beispiel die Menschen in der Altstadt. Deren Entlastung für die Wochenenden hatten wir erst kurz zuvor beantragt. Diese wurde mit anderen fadenscheinigen Argumenten abgelehnt. Unter anderem, dass, wer dorthin ziehe, ja wohl wisse, dass es dort laut sei.

Zurück zum Thema: Der Bürgermeister glaubte auch nicht, dass man damit mehr Kinder in den Kindergarten bekäme. So wurde das, was Landes- und Bundespolitiker aus einer gewissen Überzeugung heraus fordern in Wasserburg zur Glaubenssache. Dabei ging es um Sage und Schreibe 100.000,- Euro, die sich die

Stadt für eine bessere Zukunft unserer Kinder hätte leisten können. Wenn Sie zum Beispiel endlich die Kosten der Parkhäuser auch von den Verursachern eintreiben würde, dann hätte sie auf einen Schlag jährlich 300 - 400.000,- Euro mehr in der Kasse. Was man da noch alles für die Kinder machen könnte? Stattdessen erhöht man lieber die Kindergartengebühr und weigert sich, wenigstens das Vorschuljahr von Kosten für die Eltern zu befreien.

Natürlich war auch die Kindergartenreferentin Elisabeth Fischer (CSU) gegen unseren Antrag, «so schee wie's waar.» Für die Sprachförderung sei das letzte Kindergartenjahr zu spät. Für Frau Fischer offensichtlich auch. Und ihrem Populismus Vorwurf schloss sich Helmut Schedel für die SPD pflichtbewusst an, während Marlene Hof Hippke - auch SPD - schon gerne gefördert hätte, aber nicht mit der Gießkanne. Die ist ja bei der Förderung der Parkräume schon im Einsatz. Damit lautet unser trauriges Fazit: Kinder sind bei weitem nicht so viel Wert, wie parkende Autos.

Worauf wartest du?



Grüne Jugend Wasserburg
gj.wasserburg.de

Querbeet

(cs) Ja, eine ganze Weile hat es nun keine Grünen Zeiten mehr gegeben – und damit auch kein Querbeet. Eigentlich müsste diese Rubrik nun also schier überquellen vor zotigen Anmerkungen, die sich in den letzten zwei Jahren aufgestaut haben. Doch ganz so einfach ist es nicht – zum einen weiß man nun wirklich nicht mehr, wo man anfangen soll und zum anderen lässt so manche reale Aktion der Wasserburger Kommunalpolitiker ein parodistische Überspitzung schlichtweg nicht mehr zu.

Beispielsweise ist die Tatsache, dass sich der Wasserburger Stadtrat in seiner wichtigsten Sitzung des ganzen Jahres, nämlich der Haushaltssitzung, mit einer selbstauferlegten Redezeitbeschränkung selbst kasteit, kaum noch humoristisch aufzubereiten. Aber vermutlich wäre eine längere Darbietung von Anne Höffer-von Löwenfelds „Von der Wiege bis zur Bare – was haben wir es in Wasserburg doch fein und gut“ auch nicht auszuhalten gewesen. Pech halt für Hans Köck von der CSU, der sich nach einem überlangen bundespolitischen Vorgeplänkel ausführlich mit der Südspange beschäftigte, die an diesem Tag gar nicht auf der Tagesordnung stand, so dass für Anmerkungen zum Haushalt der Stadt Wasserburg keine Zeit mehr blieb. Ja, sogar seine beinahe obligatorischen Bauchschmerzen, die in den vergangenen Jahren die ebenso obligatorische Zustimmung zum Haushalt begleiteten, fielen offenbar der Kürzung zum Opfer.

Neben diesem offenbar erhöhten Wohlbefinden spart so eine Redezeitbeschränkung den Räten aber auch Zeit, was insbesondere den Thomas Wilsman von der SPD freuen dürfte. Dieser hatte nach längerer Debatte um einen dann zurückgezogenen Antrag der Ausschussgemeinschaft lautstark den eben erlittenen Verlust seiner wertvollen Lebenszeit beklagt. Konsequenterweise blieb er dann den folgenden Stadtratssitzungen fern, vermutlich auf der Suche nach der verlorenen Zeit weiland.

Sehr zeitsparend ist übrigens auch, dass man, dem eigenen Beschluss zum Hohn, auf die Berichte der Referenten mittlerweile verzichtet, auch wenn dadurch z.B. das sicherlich segensreiche Wirken der Referenten für Kläranlagen oder Wirtschaftsförderung im Dunklen bleibt. Aber vielleicht halten es die Herrschaften ja auch mit Honoré de Balzac, der da notierte „schweigende Menschen sind wie ungeöffnete Schubladen: keiner weiß, was darin ist, deshalb vermutet man Schätze.“

Eventuell hätte ja auch der Herr Bösch (CSU) sein sonst so sorgsam gewahrtes Schweigen weiter kultivieren sollen, als er in der Debatte zur Südspange – die für die

„Haushaltsrede“ von Herrn Köck übrigens genau einen Monat zu spät kam – den Erholungswert des Wuhrtals anzweifelte, weil da schließlich, wenn er vorbeikäme nie viel los sei. Sein Fraktionskollege Robert Zeislmeier hingegen hält die Stille der Natur grundsätzlich schon für etwas Feines, mahnte aber an, dass Ökologie immer auch bezahlbar bleiben müsse. Seitdem rätseln wir, ob die Stadt auch genug Geld hat, die Südspange nicht zu bauen.

Bei so viel heißer Luft wollten auch die Gemeinderatskollegen aus Eiselfing nicht hintanstehen, ihren Teil zur Erderwärmung beizutragen. Ihre vehemente Forderung nach dem umgehenden, weil dringend erforderlichen Bau der Südspange untermauerten sie jüngst dadurch, dass die allseits beklagten Belastungen für Bachmehring nun eben nicht durch Messungen belegt werden sollen, weil man selber davon ausgeht, dass das zu erwartende Ergebnis die angebliche dringende Erfordernis ins Reich der Legende verweisen würde.

Gut, dass es neben all diesen sich gegenseitig überbietenden Verkehrsberuhigern auch noch verantwortungsvolle, weil den motorisierten Individualverkehr bejahende Kommunalpolitiker gibt. In der Tat ist die Rede hier vom obersten Schutzpatron und Imam der Wasserburger Radfahrer, Peter Stenger. Dieser lehnte eine beantragte Sperrung der Hofstatt an den Wochenenden mit der Begründung ab, dass es für die Stände am grünen Markt doch eine wichtige Geschäftsgrundlage sei, dass die Kunden auch mit dem Auto vorfahren könnten. An seinem Antrag für eine konsequente Weiterentwicklung dieses Gedankengangs, nämlich der Errichtung des ersten Drive-In-Biomarktes feilt er dem Vernehmen nach noch im Verborgenen.



Hinweis zur Zustellung

Liebe Leserin, lieber Leser,

viele von Ihnen wollen durch entsprechende Aufkleber auf dem Briefkasten den Einwurf von Werbung – und damit den unnötigen Anfall von Altpapier verhindern. Ein solcher Wunsch wird von uns selbstverständlich respektiert. Vielleicht wundern (oder ärgern) Sie sich, dass Sie unsere „Grünen Zeiten“ trotzdem erhalten haben. Dazu folgende Erklärung:

Bei den „Grünen Zeiten“ handelt es sich unserer Ansicht nach um keine kommerzielle Werbung – schließlich wollen wir Ihnen nichts verkaufen – sondern um eine Information über die Arbeit unseres

Ortsverbandes, bzw. um eine kostenlose Zeitung. Wenn Sie davon (und von ähnlichen Erzeugnissen anderer Parteien) künftig „verschont“ bleiben wollen, bleibt Ihnen selbstverständlich die Möglichkeit, dies durch einen entsprechenden Zusatz auf Ihrem Briefkasten zu verdeutlichen. An so eine klare Aussage werden wir uns in jedem Fall auch halten. Schließlich wollen wir sie informieren und nicht missionieren.

Noch lieber ist es uns natürlich, wenn Sie unser Informationsangebot annehmen. Auch für konstruktive Kritik und Anregungen sind wir dankbar. Sie können das per Post oder E-Mail machen, aber natürlich auch bei unseren Ortsversammlungen vorbeischaun.

Impressum: „Grüne Zeiten“ ist die Informationszeitung des Wasserburger Ortsverbandes von Bündnis 90/Die Grünen. **Mitarbeiter dieser Ausgabe:** Christian Stadler (cs), Markus Hoefl (mh), Hannah König (hk), Lena Deißler (ld), Alexander Hartung (ah), Adil Oyan (ao)

V.i.S.d.P.: Bündnis 90/Die Grünen, Ortsverband Wasserburg am Inn c/o Christian Stadler, Marienplatz 25, 83512 Wasserburg / Mail: christian.stadler@gruene-wasserburg.de

Internet: www.gruene-wasserburg.de/ **Bankverbindung für Spenden:** GLS Gemeinschaftsbank – Konto-Nr. 6000457200 – BLZ 430 609 67